



CDU-Kreisverband ▪ Georg-Gleistein-Straße 51 ▪ 28757 Bremen

An die Bundesvorsitzende
der CDU Deutschland
Frau
Annegret Kramp-Karrenbauer
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Kreisverband Bremen-Nord

Tel.: (0421) 66 13 17
Fax: (0421) 66 35 58
info@cdu-bremen-nord.de
www.cdu-bremen-nord.de

Bremen, 29.10.2019

Neues Grundsatzprogramm

Sehr geehrte Frau Kramp-Karrenbauer,

vielen Dank für Ihr Schreiben aus dem Juni, wonach wir bis zum 31. Oktober Gelegenheit haben, anhand von Leitfragen das neue Grundsatzprogramm zu diskutieren und etwaige Vorschläge zu unterbreiten. Als Kreisverband Bremen-Nord haben wir hierzu mit etwa 120 Beteiligten auf 4 Veranstaltungen „Wie soll die Politik der Zukunft der CDU Deutschlands aussehen?“ diskutiert. Wir wollen Ihnen mit diesem Brief widerspiegeln, wie die Stimmung an der Parteibasis ist und welche inhaltlichen Profilierungen gefordert werden.

Kurze Zusammenfassung:

Auffällig ist, dass Forderungen zur Stärkung der Markenkerns „Innere Sicherheit“ und „Wirtschaft“ auf allen Veranstaltungen den meisten Raum eingenommen haben, gefolgt von „Bildung“. Auch Forderungen nach „mehr C“ in der Union nahmen einen breiten Raum ein. Insgesamt ist das Bedürfnis nach „mehr Profilierung“ und „mehr Sichtbarkeit“ nach der Frage „Wofür steht die CDU?“ sehr groß.

Wir hoffen, mit unserer breiten Mitglieder- und Bürgerbeteiligung einen kleinen Beitrag zur Stärkung unserer Union beigetragen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen aus Bremen-Nord

Rainer Bensch MdL
Kreisvorsitzender

Zu den Leitfragen

„Wie gestalten wir als Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes?“

„Was verstehen wir unter konservativ, sozial, liberal?“

„Wie bewahren wir unsere Heimat und unsere Natur?“

Sehr häufig und sehr schnell wurden hierzu folgende Aussagen genannt: „Die Schöpfung zu wahren ist das konservativste überhaupt“, auch „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, oder „Konservativ sein heißt nicht nur Gutes bewahren, sondern offen für jeglichen Fortschritt sein.“ Die Wertschätzung von Menschen, von Tieren und Pflanzen, von der Umwelt war und ist CDU-Politik pur, nur sei dies in der Vergangenheit zu wenig nach außen in die Öffentlichkeit gedrungen. Die CDU kann mit Stolz auf ihre Umweltpolitik zurückblicken, eine umfassende Umweltpolitik dürfe kein Alleinstellungsmerkmal von Bündnis 90/ Die Grünen sein. Neben der Politikgestaltung im Rahmen der Ausübung von Regierungsämtern - dort erwarten die Mitglieder vorbildliches glaubwürdiges Verhalten von Spitzenpolitikern wie beispielsweise Julia Klöckner als Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft – müsse die CDU als Partei programmatisch vorangehen, Politik pro-aktiv gestalten. Momentan habe man eher den Eindruck, man laufe Entwicklungen hinterher, siehe „Fridays for future“-Demonstrationen, Greta Thunberg usw.

Dieser Wunsch der Basis nach pro-aktiver Politik insbesondere im Umweltbereich wird verbunden mit folgenden Forderungen: Innovationen fördern statt auf Verbote setzen, Vielfalt und Technologieoffenheit stärken anstelle nur auf nur eine Lösung, wie etwa Förderung der Elektro-Mobilität, zu setzen. Mit den Möglichkeiten der Natur können wir eine pro-aktive Umweltpolitik betreiben, durch massives Bäume pflanzen sprich Aufforsten, durch Förderprogramme für „grüne“ Dächer, Bushaltestellen usw. die Umwelt fördern.

Die CDU müsse angesichts des Klimawandels einen „großen Zukunftsentwurf“ liefern, der von Nachhaltigkeit, zugleich wirtschaftlicher Stärke, Technologieoffenheit und Sicherheit geprägt ist. „Fordern und fördern“ wie auch „Anreize statt Verbote“ sollen dabei Leitsätze sein. Der jüngst verabschiedete Leitantrag der Jungen Union Deutschlands und der Jungen Union Bremen können hierfür wertvolle Beiträge sein.

Unter diesen Leitfragen wurde auch angeregt, über die Einführung eines „Gesellschaftsjahr“ nachzudenken. Ein solches – zu diskutieren wäre, ob freiwilliges oder verpflichtendes Gesellschaftsjahr – könne auch „Deutschlandjahr“ heißen und als Teil des „C“ in der Union verstanden werden. Ein solches Jahr „Dienst an und für die Gesellschaft“ sei gut für den einzelnen Staatsbürger und gut für die Gesellschaft insgesamt. Ein solches Gesellschaftsjahr bietet Orientierung, baut Vorurteile ab, schafft Einblicke in Unbekanntes, sorgt für die Chance, Menschen und Geschehnisse, Arbeitsabläufe, gesellschaftliche Zusammenhänge kennenzulernen „wie nie wieder“. Sowohl von ehemaligen Wehrpflichtigen wie auch ehemaligen Zivildienstleistenden wurden hierzu viele exemplarische Beispiele gelebten gesellschaftlichen Miteinanders geschildert. Die CDU müsse sich stärker als „Partei der Staatsbürger“ profilieren, denen man viele unterschiedliche Angebote mache. Etwaige Einsatzgebiete wären möglich u.a. bei Bundeswehr, in der Pflege, in der Ökologiewirtschaft.

Zu den Leitfragen

„Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?“

„Wie stellen wir sicher, dass Recht und Gesetz schnell und konsequent durchgesetzt werden?“

„Wie unterstützen wir Polizei und Sicherheitsbehörden?“

„Wie soll unsere Bundeswehr aufgestellt sein?“

gab es erwartungsgemäß breite Diskussionen. „Die CDU muss die Partei der Sicherheit sein!“ und „Die CDU muss die Partei eines durchsetzungsstarken und wehrhaften Rechtsstaats sein!“ sind die am häufigsten genannten Forderungen.

„Unser Rechtsstaat ist morsch“ fasst das aktuelle Misstrauen in Sicherheitsbehörden und Justiz zusammen. Rückblickend auf den Wahlkampf 2017 wird der CDU-Wahlkampf-Claim „Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben“ als „schwerer Kommunikationsfehler“ und „am Gefühlsleben der Wähler vorbei“ bewertet. Die CDU-Basis erwartet, dass auch in diesem Themengebiet als „Markenkern der CDU“ die Bundespartei politisch pro-aktiv vorangehe und agiert statt reagiert.

Hierzu liegen folgende Forderungen vor: Modernste Sachmittel-Ausstattung für Polizei und Sicherheitsbehörden sicherstellen. Schon heute sollen wir prüfen, wie der „Polizist von morgen“ aussehen könne im Zeitalter von Digitalisierung, Robotik und künstlicher Intelligenz. Alle bestehenden Gesetze sollen in puncto „Sicherheit“ kritisch geprüft werden, die Gesetze so ausgestaltet werden, dass Akteure im Sicherheitswesen mit „mehr Befugnissen“ und „mehr Autorität“ ausgestattet werden. Es herrsche ein Gefühl vor, dass es kein vernünftiges Maß mehr gebe von „Sicherheit“ und „Freiheit“ auf Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Autobahnen. In diesem Kontext wurden kritisch folgende Beispiele aufgeführt: Polizeibeamte fahren weg vom Einsatzort, um zu „deeskalieren“; dies wird als „Versagen des Rechtsstaats“ wahrgenommen. Thema Clan-Kriminalität und Clan-Auseinandersetzungen auf offener Straße: Die Polizei komme zu spät, greife erst gar nicht ein, der Staat erscheint wehrlos, Anwohner betroffener Stadtteile meiden Straßen usw. Wird ebenfalls als „Versagen des Rechtsstaats“ wahrgenommen. Weiteres Beispiel: Hochzeitskorso ausländischer Mitbürger. Selten greift die Polizei ein, oftmals „zu lasch“ oder „zu spät“. Auch hier spricht die Parteibasis von „Versagen des Rechtsstaats“. Hinsichtlich der technischen Ausstattung seien Polizei und Sicherheitsbehörden „hinter den Tätern zurück“ und erscheinen im Gebiet der „Cyber-Abwehr“ eher rückständig. Die Sicherheitsbehörden müssten lückenlos vernetzt sein.

Das „Sicherheitsgefühl auf der Straße“ sei bei gleichzeitig statistischem Rückgang von Straftaten eher besorgniserregend. Die Basis fordert „mehr Polizeipräsenz auf der Straße“ sowie eine gut ausgebildete Polizei, die durchsetzungsstark agiert. Die Polizeibeamten müssen unbedingt wieder Respektpersonen werden.

Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum: Ein „Ja“ zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere an Bahnhöfen, Haltepunkten des ÖPNV sowie in sogenannten „Angsträumen“ wird befürwortet, dennoch gelte es, hier nur das Mindestmaß an notwendiger Videoüberwachung tatsächlich zu vollziehen.

Straftat und Bestrafung stehen in Missverhältnis, Polizisten begegnen abends Tätern, die sie vormittags bei Ausübung einer Straftat festgenommen haben. Die Forderung „Die Strafe muss auf dem Fuße folgen“ wird oftmals erhoben, noch stärker, wenn Straftaten von Ausländern, Flüchtlingen, unbegleiteten Minderjährigen verübt werden. Gefordert werden „Instrumente einer Justiz, die schnell reagiert“. Genannt wird hier die Stadt New York, wo angeblich Bezirksrichter innerhalb von 24 Stunden über Strafen entscheiden, beispielsweise bei erfolgten Straftaten wie Einkaufsdiebstahl, Handtaschenraub usw.

Unter der Aussage „Unser Rechtsstaat ist morsch!“ wird bemängelt, dass es offenkundig zu wenig Staatsanwälte und Richter gebe. Die CDU müsse auch hier Vorreiter sein und für einen „neuen Rechtsstaat in einer neuen Zeit“ werben und sich profilieren. Die erforderlichen Personal-Stellen bereitstellen, alle Gesetze kritisch bewerten und auch abschaffen, wenn sie zu kompliziert sind oder keinen Nutzen bringen, lauten häufig genannte Forderungen. Dieser „neue“ Rechtsstaat müsse geprägt sein von Transparenz („Was ist geschehen? Wer hat gegen welches Gesetz verstoßen? Wer ist Täter? Wer ist Opfer? Mit welcher Strafe ist zu rechnen?“, „Wenn Täter frei gelassen werden, müssen die Betroffenen informiert werden“), geprägt sein von Konsequenz („schnelle Strafe“, „schnelles Verfahren“ usw.) sowie geprägt sein von Wertschätzung (für Polizisten, Staatsanwälte, Richter, im weiteren Sinne auch gegenüber den Opfern).

Bundeswehr: Die Bundeswehr sei nicht mehr so stark integriert in der Gesellschaft wie zu Zeiten einer gelebten Wehrpflicht. Die Aussetzung (als Abschaffung empfundene) Wehrpflicht ohne vorherige breite gesellschaftspolitische Diskussion sei ein „schwerer politischer Fehler“ der CDU gewesen. Die CDU müsse in allen Bereichen die „Partei der Sicherheit“ werden. Nicht nur die Durchführung von mehr öffentlichen Gelöbnissen und eine moderne Werbung für die Bundeswehr sind gefragt – vielmehr müsse die CDU den verpassten gesellschaftlichen Diskurs „Welchen Stellenwert hat unsere Bundeswehr?“ in modernem Format und mit breiter Beteiligung nachholen. Denkbar ist auch eine „Sicherheitsdebatte“, ein Diskurs über „Sicherheit“, wo die Bundeswehr einen Teil ausmacht. Auf jeden Fall, so eine sehr häufige Forderung der Parteibasis, müsse die CDU ihr Profil in diesem Markenkern schärfen, sich Zeit für eine breite Debatte nehmen, die Bürgerinnen und Bürger „mitnehmen“.

Leitfragen

„Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?“

„Wie spornen wir Leistung und Gründergeist an?“ und

„Wie stellen wir die Weichen, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft erfolgreich ist?“

Eine wesentliche Forderung der Basis: Der Markenkern „Wirtschaft“ der CDU muss deutlicher herausgestellt werden. Auch hier liegt die Forderung vor, dass die Bundespartei CDU voran geht und pro-aktiv die „künftige soziale Marktwirtschaft“ beschreibt. Genannt werden in diesem Bezug „Entbürokratisierung“, „Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“, „Next-try-Kultur etablieren“ ähnlich wie in den USA, um Start-Up's und Gründerszene zu unterstützen. Die erwartbare Forderung „endlich wieder sichtbar den Mittelstand fördern“

nahm breiten Raum ein bei den Diskussionen. Unternehmerinnen und Unternehmer fordern entsprechend Bürokratieabbau, Abbau der Abgabenlast, Verringerung der Pflichtmeldungen usw. und dass „die Berliner Politik“ weniger auf die großen Lobbyisten und stattdessen mehr auf den Mittelstand höre. Es herrsche ein Gefühl vor, dass Leistungsträger zunehmend abgeschöpft werden. Dabei stellen die klein- und mittelständischen Unternehmen 80 Prozent aller Betriebe und 82 Prozent aller Ausbildungsplätze.

Die CDU müsse herausstellen, dass sie die Partei der Leistungsträger sei, hierzu gehören auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die CDU müsse mit ihren Vereinigungen des Mittelstands (MIT) und der Arbeitnehmerschaft (CDA) „die soziale Partnerschaft von morgen“ beschreiben und dann durch konkrete politische Regierungsarbeit umsetzen. Dabei müssen die Trends, die aktuell eher für Unsicherheit und Ängste stehen, pro-aktiv einbezogen werden: Digitalisierung, Automatisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz.

Leitfragen zum Themenbereich Bildung lauten

„Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?“, „Wie sähen ideale Schulen aus Sicht der CDU aus?“ und „Wie gestalten wir zentrale und föderale Elemente der Bildungspolitik?“

Vor dem Hintergrund, dass bei uns in Bremen nahezu alle Bildungsvergleiche und Tests unseren Bremer Schülerinnen und Schülern hintere Tabellenplätze bescheren, sind die Diskussionen zu diesen Leitfragen sehr emotional geführt worden. Aussagen wie „Unsere Kinder kommen doch nicht dümmer zur Welt als die Kinder aus Bayern oder Sachsen“ waren sehr häufig zu hören. Die Kernforderung für eine künftige CDU-Bildungspolitik lautet „Leistung fördern“. Das „zwangsweise Zusammensein“ von Schülerinnen und Schülern mit zum Teil höchst unterschiedlichen Voraussetzungen mag während der Grundschule noch verständlich sein, doch danach müsse das Schulsystem klar gegliedert werden - bei gleichzeitiger Durchlässigkeit. Auch Claims wie „Aufstieg durch Bildung“ oder „Anstrengung lohnt sich“ dürfen und sollten durch die CDU als „Partei der Leistungsträger“ in Programmen, Positionspapieren, Wahlkämpfen usw. Erwähnung finden.

Der Bund sollte die für alle Bundesländer geltenden gesellschaftlichen Trends flankieren und finanziell unterstützen, siehe Beispiel der Digitalisierung. Die konkrete Ausgestaltung der Bildungspolitik solle Länder-Sache bleiben; wer sehr gute Bildungsergebnisse erreichen möchte, der könne und solle sich an den erfolgreichen Bundesländern orientieren.

Die CDU als „Partei der Leistungsträger“, als „Partei der Aufsteiger“ müsse sowohl im Bund wie auch auf Länderebene dafür stehen, dass es einen reibungslosen Übergang von der Schule in das Berufsleben gibt. Zu diesem Bildungsauftrag gehöre neben der Vermittlung klassischen Schul-Wissens auch die Vermittlung von Sozialkompetenz und Wertevermittlung wie „Benehmen“, „Haltung“ und „Respekt“ gegenüber Einzelpersonen und gesellschaftlichen Gruppen, Religionen und Kulturen. Denn Bildung ist mehr als bloße Wissensvermittlung. Auch aufgrund von Mängeln in diesem Bereich gelten viele junge Schulabgänger als „nicht ausbildungsfähig“.

Auf föderaler sprich Länderebene solle die CDU sich für das sogenannte „Sitzenbleiben“, dem Wiederholen einer Jahrgangsstufe (als Chance begreifend!) einsetzen, ebenso für die Wiedereinführung von Schulnoten.

Auf föderaler Ebene müsse die CDU die „Kümmerer-Partei“ hinsichtlich der Verbindung von „Familie und Beruf“, von „Bildung und Betreuung“ sein. Wer hier als politische Partei ein verständliches politisches Angebot mache, der habe politisch die Nase vorn. Da die CDU für Wirtschaft, für Familie, für Bildung stehe, müsse sie pro-aktiv voran gehen und auch in diesem Bereich die „Bildung von morgen“ beschreiben, um in den Bundesländern durch konkrete Politikausgestaltung „zu beweisen“, dass CDU-geführte Bundesländer die erfolgreicher sind.

Dazu gehöre, dass die CDU für eine schulische Bildungslandschaft stehe, die von leistungsorientierter Differenziertheit sowie vom Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ (Durchlässigkeit) geprägt ist. Die CDU müsse für alle Schülerinnen und Schüler attraktive Ausbildungs- und Studienangebote machen und jeden Einzelnen optimal fördern – auch, wenn mal eine Prüfung nicht bestanden und ein Ausbildungsziel verfehlt wurde.

Durch diese Maßnahmen sollen auch sogenannte „Larifari“-Studenten verhindert werden. Grundsätzlich soll die Hochschulausbildung kostenlos sein, doch dürfen auch die Prüfung von Langzeit-Studiengebühren oder die Prüfung von nachgelagerten Studiengebühren keine Tabus sein.

Berufliche Bildung und akademische Ausbildung gleichrangig fördern: Die CDU müsse sich als „Partei der Leistungsträger“ insbesondere auch verstärkt um die nicht-akademischen Berufe bemühen. Nicht nur Lippenbekenntnisse zur erfolgreichen dualen Ausbildung mit Blick in die Vergangenheit gehören dazu. Vielmehr gilt auch hier die Forderung: Die CDU müsse vorangehen und Positionen für die „Bildung von morgen“ einnehmen.

Hierzu gehören u.a.: Ausbildungsfähigkeit sicherstellen einschließlich Sekundärtugenden wie „Benehmen“, „Respekt“ und „Haltung“; Abschlüsse auch auf geringstem Niveau als Qualifizierungsbaustein für weitere Ausbildung anerkennen; die duale Ausbildung und mit ihr den Mittelstand und auch die entsprechenden Berufsschulen stärken durch Bereitstellung von Personal und modernste Lehrinrichtungen. Sowohl die Schulen als auch die Schülerinnen und Schüler müssen digital „fit“ sein für die Zukunft – dies bedeutet, noch mehr als bisher in Ausstattung, Digitalisierungs- und Medienkompetenz und in Lehreraus und -fortbildung zu investieren.

Neben der Erörterung der Leitfragen wurden im Rahmen „**offener Runden**“ weitere Politikfelder diskutiert, wo Mitglieder aber auch Parteilose „völlig frei“ ihre Ideen und Anregungen unterbreiten konnten.

Soziale Sicherung: Vereinzelt wurde angeregt, grundlegend über die langfristige Sicherung unserer Sozialversicherungen zu diskutieren. Angesichts des demografischen Wandels, der zu erwartenden Veränderung auf dem Arbeitsmarkt durch Digitalisierung, Automatisierung etc. müssten nicht nur Einzelvorschläge wie etwa die Erhöhung des Renteneintrittsalters diskutiert werden. Vereinzelt wurde auch die Prüfung der Abschaffung der privaten Krankenversicherung gefordert. Diese schaffe ein „Ungerechtigkeitsgefühl“. Von einigen Teilnehmern wurde angesichts immer höherer Pflegekosten ein „Solidarzuschlag Pflege“ vorgeschlagen. „Die Angst vor der Pflege nehmen“ müsse ein Ziel von CDU-Politik sein.

„CDU muss konservativer sein“: Diese so geäußerte Forderung kam auf jeder Veranstaltung wie aus der Hüfte geschossen. Gefragt, was dies konkret bedeute, gab es unterschiedliche Auffassungen. Unterm Strich ist festzuhalten, dass die Forderung nach Profilierung damit einhergeht. Ebenso wurde bei den Diskussionen klar, dass die Union ihre Wurzeln und ihr Profil ebenso im „liberalen“ wie auch im „sozialen“ habe. Es gelte, diese drei Wurzeln nicht auszuspielen und stattdessen die verabredeten Positionen „offensiv“ vertreten werden müssten. Die Union dürfe nicht zu einer „SPD 2.0“ werden, im linken Parteienspektrum sei es schon voll, während „rechts von der Mitte“ verlorengegangene Wähler zurückgeholt werden müssten.

„CDU muss konsequent eigene Politik herausstellen“: Es sei oftmals nicht mehr zu erkennen, wofür die CDU stehe. Es fehle an Konsequenz. Es fehle an Gradlinigkeit. Bildhaft sprach ein Mitglied „Welchen Zug fahren wir denn heute? Den roten Zug? Den grünen Zug? Oder gar den blauen Zug?“ Die CDU müsse mehr auf den eigenen Zug setzen und erkennbar, unterscheidbar sein, eben durch eine konsequentere Politik. Sei man durch die Regierungsarbeit zu Kompromissen gezwungen, so müsse hier die Bundespartei umso offensiver für ein klar erkennbares Profil der CDU sorgen.

Finanzpolitik/ Abgaben/ Steuerlast: Es herrsche der Eindruck, dass „zu viel“ für Soziales/ für besondere Randgruppen ausgegeben werde. Menschen aus Notlagen befreien sei richtig, doch gelte es, diese wieder in die Eigenverantwortung zu bringen. Die Haushalte von Bund und Ländern zeigen, dass die Sozialquote steigt und steigt, während die Investitionsquoten sinken. Leistungsträger wie klein- und mittelständische Unternehmer sowie die vielen Arbeitnehmer aus unteren und mittleren Einkommensstufen müssten vielmehr befreit werden von der immer höheren Steuer- und Abgabenlast. „Leistung muss sich lohnen!“ müsse politisch gelebt werden, aktuell herrsche eher das Gefühl vor, dass Leistungsträgern „immer mehr genommen“ werde. Die CDU müsse auch in diesem Bereich, wo sie seit Jahrzehnten positive Kompetenzzuordnungen habe, pro-aktiv vorgehen. Anstelle über Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer usw. zu denken, sollte eher abgebaut und entschlackt werden, auch Doppel-Besteuerungen etwa der Rentner gehören abgeschafft. Ferner sei eine Reform der Einkommenssteuer notwendig, wo es u.a. um Abbau der kalten Progression und Reaktion auf

Inflation ginge. Gesamt-Ziel einer modernisierten CDU-Finanzpolitik müsse sein: „Mehr Eigenverantwortung. Mehr Geld beim Bürger lassen.“

Europa: Die CDU war, ist und bleibt „die“ Europa-Partei. Europa müsse jedoch in allen Institutionen, in allen Entscheidungsfindungsprozessen schneller werden, um nicht nur als „Zaungast“ der internationalen Politik teilzunehmen. Friedenspolitisch, wirtschaftspolitisch und kulturpolitisch sei Europa für Deutschland ein Glücksgewinn. Von der CDU wird erwartet, an der Spitze einer EU-Reform zu stehen.

Flüchtlinge und Integration: Hierzu wurde teils sehr emotional diskutiert; nach wie vor herrsche das Gefühl vor, dass die Union in diesem Politikfeld einer Entwicklung hinterher laufe anstelle diese pro-aktiv zu gestalten. Aus christlich-sozialen Gründen sagt die Basis klar „Ja!“ zu akuten Rettungsinitiativen, sei es die Rettung von Bootsflüchtlingen auf dem Meer oder die Rettung von akut bedrohten Kriegsflüchtlingen. Das Asylrecht politischer Verfolgter steht nicht zur Disposition, sowohl Asyl als auch aktiver Flüchtlingsschutz sind humanitär und unverzichtbar. Gleichwohl müsse die Union dafür eintreten, dass Regeln aufgestellt und eingehalten werden, wenn es um Zuwanderung und Integration geht. Ein wichtiges Leitziel müsse dabei sein: „Einwanderung und qualifizierte Zuwanderung ja – aber keine, die uns überfordert oder unsere Sozialsysteme belastet“. Integration müsse vor allem „Integrationspflicht“ sein, denn wer bei uns in Deutschland leben möchte, der müsse sich integrieren, der müsse sich an den Geist und an die Werte des Grundgesetzes orientieren, der müsse sich an unserer Kultur orientieren. Hier stellt die Basis die Forderung an die CDU-Führung, in diesem Sinne „konservativ“ zu sein, klarere Worte zu finden, um den Wählerinnen und Wählern auch ein „Angebot“ zu machen, das sich deutlich von den anderen Parteien unterscheidet. Auch die Gewährung von Sozialleistungen für „Geflüchtete“ wurde teilweise heftig diskutiert. Es herrsche oftmals das Gefühl, dass den „Geflüchteten“ mehr politische Aufmerksamkeit und finanzielle Zuwendung gegeben wird als beispielsweise Rentnern, die jahrzehntelang gearbeitet und die Sozialversicherungen eingezahlt haben.

Bremen, den 29.10.2019